Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pf.

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Eisenbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17 259 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13 553, Emil Schlegel Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Schriftleitung: Wochentags nachm. 3—5 Uhr (außer Sonnabends)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textseitenteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Dresden, Sonnabend den 6. Februar 1926 — Nummer 31

Saboteure der Einheitsfront

SPD.-Parteivorstand gegen gemeinsamen Kampf

Berlin, 6. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Der Parteivorstand der SPD. erläßt im „Vorwärts" eine Erklärung gegen die Einheitskomitees, in der es u. a. heißt: „Der ADGB. hat sich in einem Rundschreiben bereits scharf gegen diese Machenschaften gewandt. Der Parteivorstand hat das gleiche in einem Rundschreiben an seine Organisationsleitungen vom 26. Januar getan. Wir bringen unsere Warnungen jetzt den Mitgliedern durch die Presse zur Kenntnis und fordern sie auf, überall dem zerstörenden Treiben der Kommunisten entgegenzutreten, jede gemeinsame Aktion abzulehnen. Aufrufe, Inserate, Versammlungen, Demonstrationen sind von der Partei allein zu veranstalten. In unseren Versammlungen werden in der Diskussion nur Gegner der Fürstenabfindung das Wort erhalten. Sie dürfen nicht zum Tummelplatz der Kommunisten werden. Jede Annäherung der Kommunisten ist mit Hinweis auf die Erklärung der kommunistischen Zentrale gegenüber den Mitgliedern des Parteivorstandes, daß jede Partei ihre Aktionen selbständig zu führen hat, zurückzuweisen. Der Doppelsinnigkeit und Hinterhältigkeit der Kommunisten haben unsere Parteigenossen strengste Disziplin entgegenzusetzen."

SPD. für das Fürstenkompromiß der Bürgerlichen

Die SPD.-Presse verkündet mit Pathos, daß sie den Kampf um die entschädigungslose Enteignung durchführen werde. Gestern veröffentlicht der SPD.-Dienst eine Mitteilung über das Kompromißgesetz der bürgerlichen Parteien. Die SPD. erklärt, daß dieses Gesetz nur angenommen werden könne, wenn sie dafür stimme. Dann bescheinigt die SPD., daß sie für dieses Gesetz stimmen müsse, und erklärt dann, daß sie für dieses Gesetz stimmen werde. Natürlich, fährt der Artikel fort, wird die SPD. den Volksentscheid fortführen. Diese Erklärung des SPD.-Dienstes kommt zusammen mit dem an anderer Stelle von uns veröffentlichten Ukas des ADGB. Die Bestrebungen der SPD. und des ADGB. deuten darauf hin, daß die Führer der SPD. dabei sind, den Volksentscheid zu sabotieren. Die Arbeiterschaft muß mit erhöhter Wachsamkeit die Störung der Aktion verhindern.

Für gemeinsamen Kampf um den Volksentscheid

Berlin, 6. Februar. (Eig. Drahtbericht.) In einem Aufruf des Zentralkomitees der KPD., der heute morgen in der „Roten Fahne" erscheint, heißt es unter anderem:

„In der Zentralverhandlung zwischen KPD., SPD., ADGB. und dem Reichsausschuß über die Durchführung des Volksentscheids für entschädigungslose Enteignung der Fürstenhäuser wurde vereinbart, daß die Selbständigkeit jeder Organisation in der Durchführung der Kampagne gewahrt bleibt. Dieser Beschluß ist selbstverständlich, denn keine Partei, keine Organisation wird das Recht, selbständige Veranstaltungen zu treffen, aufgeben. Aber schließt dieses Selbständigkeitsrecht jeder Organisation etwa die Möglichkeit aus, gemeinsame Aktionen, gemeinsame Demonstrationen, gemeinsame Maßnahmen zur Durchführung dieser und anderer Forderungen im Interesse der werktätigen Schichten zu unternehmen? Jeder Arbeiter wird darauf mit einem „Nein" antworten! Jeder Arbeiter wird zugeben müssen, daß gerade in der jetzigen Zeit die zwingende Notwendigkeit vorliegt, über den Rahmen einer Partei hinaus die gesamte Arbeiterklasse zu neuen Kampfkraftanstrengungen zusammenzufassen. Die arbeitenden Massen selbst beginnen dies zu erkennen. In zahlreichen Orten und Städten sind Einheits- und Aktionskomitees gebildet worden. Bedeuten diese Komitees eine Schwächung der Arbeiterbewegung, wie der Bundesvorstand des ADGB. behauptet? Jeder Arbeiter wird mit uns darüber einstimmen, daß ein großer Teil der Fälle von gemeinsamer Arbeit von Kommunisten und sozialdemokratischen Arbeitern eine Stärkung vor allem der Gewerkschaftsbewegung ergeben wird, denn die Komitees werden sich nicht nur auf die Durchführung des Volksentscheids beschränken, sondern sie werden in der Aufrüttelung der Arbeiterschichten viele Massengenossen den Gewerkschaften als Mitglieder zuführen. Eine solche Aktion wird die Durchführung der großen Wirtschaftskämpfe nicht schwächen, sondern erst ermöglichen.

Verhindert die Sprengung der gemeinsamen Front!

2 Milliarden 600 Millionen, wohlgemerkt, in Gold, beanspruchen die Fürsten. Als Genosse Neubauer im Rechtsausschuß des Reichstages diese Rechnung aufmachte, riefen ihm sozialdemokratische Abgeordnete zu, daß die Ziffern alle noch viel zu niedrig seien. Dem werden die Kommunisten gewiß nicht widersprechen! Jawohl es sind mehrere Milliarden, die aus den Taschen des werktätigen Volkes gezogen und dem Fürstengesindel zugeschanzt werden sollen. Den hungrigen Arbeiterkindern, den Erwerbslosen, den bis aufs Hemd ausgeplünderten Sozialrentnern soll das letzte Stückchen Brot vom Mund weggerissen werden, um die Ansprüche der prassenden und hurenden Fürsten zu erfüllen.

Aber wenn sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete im Reichstag die von den Kommunisten berechnete Milliardenziffer noch als zu niedrig bezeichneten, so haben wir heute Anlaß, die sozialdemokratischen Führer vor der gesamten werktätigen Bevölkerung zu fragen, ob denn das Fürstengesindel diese Milliardenwerte tatsächlich erhalten soll?

Die Regierungsparteien haben einen Schandgesetzentwurf ausgearbeitet, nach dem alle Ansprüche der Fürsten befriedigt werden sollen. Ein Sturm der Entrüstung geht durch das ganze Land. Es soll anerkannt werden, daß sich auch sozialdemokratische Zeitungen, wie die Frankfurter „Volksstimme", das Zwickauer „Volksblatt" usw. mit aller Schärfe gegen diesen bürgerlichen Gesetzentwurf wenden. „Rafft sich das Volk nicht auf gegen diesen Betrugsversuch zugunsten der gottesgnädlichen Parasiten, dann kann noch in zwanzig Jahren lustig am Sondergericht prozessiert werden, und von den Kosten, die der Steuerzahler zu tragen hat, müßten sich die Jongleure des Rechtes und der Billigkeit." So schreibt die Frankfurter „Volksstimme". Das können wir nur unterstreichen, denn auch wir wiederholen: das Volk muß sich aufraffen!

Angesichts dieses Proteststurmes, den der Entwurf der Fürstengehilfen in der gesamten Bevölkerung erweckt, wiederholen wir vor der gesamten Arbeiterschaft, daß die Kommunistische Partei den Kampf gegen die fürstlichen Räuber mit allen ihren Kräften weiterführen und daß sie alle mit dem Vorstand des ADGB. und der SPD. getroffenen Vereinbarungen innehalten wird. Die Kommunistische Partei ist nicht nur nach wie vor bereit, weiterhin mit den erwähnten Spitzenorganisationen zusammenzugehen, sondern sie wird alles einsetzen, um eine Sprengung dieser gemeinsamen Front gegen die Fürsten unmöglich zu machen. Aber eben darum ist es notwendig, die gesamte Arbeiterschaft mit allem Nachdruck auf die ernsten Gefahren aufmerksam zu machen, die der gemeinsamen Front jetzt drohen.

In demselben Augenblick, wo die bürgerlichen Parteien mit ihren Absichten hervortreten, wo es gälte, gegen den Gesetzentwurf der Fürstenknechte das gesamte ausgebeutete Volk zu mobilisieren, eröffnet der „Vorwärts" einen Hagel von gleich unmotivierten wie dick mit Beschimpfungen gespickten Angriffen gegen die sich anbahnende proletarische Einheitsfront. Man braucht nur das Echo zu beachten, das der „Dolchstoß"-Artikel des „Vorwärts" in der gesamten bürgerlichen Presse erweckte, und man wird erkennen, wessen Geschäfte dieser Artikel förderte, der manchem sozialdemokratischen Arbeiter wohl wie ein Blitz aus heiterem Himmel gekommen sein mag und bei dem niemand einen sachlichen Grund für die unerhört kläglichen Beschimpfungen finden konnte.

Nach unserer Antwort weiß der „Vorwärts" in seiner gestrigen Abendnummer denn auch absolut nichts Stichhaltiges zu erwidern. Er behauptet, daß das Rundschreiben der KPD.-Bezirksleitung Berlin-Brandenburg darum „geheim" sei, weil es nicht zur öffentlichen Verbreitung bestimmt gewesen sei! Als ob es Brauch wäre, die üblichen Rundschreiben an die Funktionäre über diesen Kreis hinaus zu verbreiten! Die ganze Antwort des „Vorwärts" ist ein jämmerliches Verlegenheitsgestammel, das darauf schließen läßt, daß der Dolchstoß-Artikel bei den SPD.-Arbeitern kein so günstiges Echo gefunden hat wie in der bürgerlichen Presse.

Aber ist auch dieser unbegründete Angriff des „Vorwärts" glatt zu Boden gefallen, so ist inzwischen noch gröberes Geschütz aufgefahren worden. Bereits in der Morgennummer des „Vorwärts" vom gestrigen Donnerstag ist eine Zuschrift des ADGB.-Vorstandes enthalten, die wohl dem letzten Arbeiter zeigt, was gespielt werden soll. Diese Zuschrift, die wir anschließend wortwörtlich abdrucken, enthält neben den unerhörtesten Beschimpfungen und Drohungen einen konzentrierten Angriff auf die Einheitskomitees, auf die sich von unten bildende proletarische Einheitsfront. Der Wahrheit zuwider wird behauptet, daß in den gemeinsamen Verhandlungen von KPD., ADGB. und

Der Ukas des ADGB.-Vorstandes

Unter der Ueberschrift „Wehrt den Zerstörern, eine Erklärung des Bundesvorstandes des ADGB.", veröffentlicht der „Vorwärts" folgende Zuschrift, die er als vom Bundesvorstand des ADGB. geschrieben bezeichnet. (Wir beziehen die Erklärung im Leitartikel.)

„Die Kommunistische Partei hat eine neue Kampfesfront aufgerichtet, merkwürdigerweise gegen den ADGB. Sie kämpft unter der abgebrauchten Standarte der proletarischen Einheitsfront. Den willkommenen Anlaß dazu fand sie in der Vermittlungsaktion, zu der sich der Bundesvorstand des ADGB. bereitfand, als es sich um die Schaffung eines übereinstimmenden Wortlauts des der Volksentscheidung vorzulegenden Gesetzentwurfs über die Fürstenenteignung handelte. Der Bundesvorstand hatte diese Vermittlung auf Anruf der beteiligten Parteien übernommen, da auch er einen solchen Volksentscheid wünschte. Mit dieser Vermittlungsaktion war die aktive Mitwirkung des Bundesvorstandes an dem Volksentscheid erledigt. Die weitere Durchführung der Aktion ist eine Angelegenheit der Parteien, nicht der Gewerkschaften. Gewiß haben die Gewerkschaften ein Interesse daran, daß der Volksentscheid erfolgreich durchgeführt wird und zum Siege gelangt. Aber ihre Mitglieder sind auch politisch organisiert und in ihren Parteien tätig. Man darf von ihnen erwarten und verlangen, daß sie dort für die Verwirklichung des der Volksabstimmung unterbreiteten Programms wirken werden, ohne die Kräfte der bereits durch die Wirtschaftskämpfe in Mitleidenschaft gezogenen Gewerkschaften dafür in Anspruch zu nehmen.

Anders denkt die Kommunistische Partei, die fremder Krücken bedarf, um wieder auf die Beine zu kommen. Ihr war die Frage der Fürstenabfindung nur eine der vielen Parolen, die ihrer Agitation dienten. Als nun diese eine Parole aktuell wurde und einen auf diesem Gebiete geschehen mußte, schrie sie plötzlich nach der Einheitsfront mit den Gewerkschaften. Es war schwer, ihr begreiflich zu machen, daß der ADGB. für solche Kinkerlitchen nicht zu haben sei. Für ein ehrliches Zusammenwirken kennt die KPD. überhaupt nicht in Betracht, das hat uns die Vergangenheit genugsam gelehrt, und für eine andere Einheitsfront muß sich der ADGB. bedanken, denn Schmarotzer und Parasiten pflegen unangenehme Bett- und Lebensgenossen zu sein, die nicht das gemeinsame Wohl, sondern nur den eigenen Vorteil auf Kosten ihres Wirts im Auge haben.

In den Vermittlungsverhandlungen der Parteien wurde ausdrücklich vereinbart, daß die Gewerkschaften die Durchführung der Volksentscheidungsaktion den Parteien überlassen und daß jede Partei diesen Kampf selbständig führen werde. Die Gründung von Einheitskomitees dürfe nicht stattfinden. Trotz dieser Vereinbarung treten die Kommunisten allerorts mit solchen Einheitskomitees auf den Plan. Sie mißachten damit das Abkommen über die Durchführung des Volksentscheides. Aber hat sich die KPD. jemals an Abmachungen gehalten?

In der Tat wollen die Kommunisten die Volksentscheidungsaktion nur dazu benutzen, sich an die Gewerkschaften heran- und wenn möglich, in diese hereinzudrängen, um größeren Einfluß auf die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft zu bekommen. Wichtiger als der ganze Volksentscheid dünken ihnen die sogenannten Einheitskomitees, die sie überall gründen und durch Heranziehung der Gewerkschaften flott zu machen suchen. Wir warnen unsere Gewerkschaftsgenossen auf das entschiedenste, auf diesen plumpen kommunistischen Schwindel hereinzufallen. Es gibt keine Kampfgemeinschaft zwischen Gewerkschaften und KPD., auch nicht in der Frage des Volksentscheides. Es ist Sache der politischen Parteien, nicht der Gewerkschaften, die Volksabstimmung über die Fürstenenteignung vorzubereiten und durchzuführen.

„Daß es den Kommunisten nicht um den Volksentscheid, sondern nur um ihren „proletarischen Einheitsfrontrummel" zu tun ist, beweist ein Rundschreiben, das sie an die Gewerkschaften in Rheinland-Westfalen geschickt haben. In diesem Schreiben wird die proletarische Einheitsfront, vor allem für die gewerkschaftlichen Kämpfe, verlangt, um die Offensive des Unternehmertums abzuwehren. Es werden für die gegenwärtige Krisenperiode Wirtschaftskämpfe auf breitester Basis und in engster Verbindung mit den Erwerbslosen verlangt, die in kürzester Zeit über ganz Rheinland-Westfalen auszudehnen seien, um so die Offensive der Kapitalgewaltigen zum Stehen zu bringen.

Der eigentliche Zweck des Einheitskomitees ist also: Wilde Streikpropaganda mit Hilfe der Erwerbslosen. Da die Kommunisten bei den Gewerkschaftsleitungen kein Glück damit haben, suchen sie wieder einmal die Betriebsräte größerer Werke für ihre Machenschaften einzufangen. Wir warnen auch die Arbeiterschaft und ihre Vertretungen in den Betrieben ernstlich vor diesem Einheitskomiteeschwindel. Wer in diesen Komitees mitwirkt, verläßt die gewerkschaftliche Einheit des ADGB., die keiner Ergänzung durch die Kommunisten bedarf. Auf dem Gebiete der Abwehr des Unternehmertums haben die Gewerkschaften allein zu bestimmen. Da hat jede Verhandlung mit der Kommunistischen Partei auszuscheiden.

Weder für den Volksentscheid, noch für den gewerkschaftlichen Kampf bedürfen wir der Einheitskomitees. Wer ihrer bedarf, das sind einzig die Kommunisten, und wer ihnen dabei hilft, der schädigt die Gewerkschaften!

Wir fordern die gewerkschaftlichen Instanzen aller Verbände, die Bezirkssekretäre und Ortsausschüsse auf, dem neuen Einheitsfrontschwindel in der schärfsten Weise entgegenzutreten. Es ist ein Skandal, daß die Kommunisten angesichts des auch von ihnen gewollten Volksentscheids nichts Besseres zu tun haben, als um parteipolitischer Zwecke willen den Kampf in die Gewerkschaften zu tragen. Wenn die Volksbewegung darunter leidet, fällt alle Verantwortung dafür auf sie zurück!"